

Schicksale hinter den Zahlen

Vortrag über Asylrechtsproblematik im Landkreis Harburg: Evangelischer Arbeitskreis ruft zur Mithilfe auf

bs. Stove. „Nach heutigem Stand fehlen im Landkreis Harburg 245 Plätze, auf die Asylbewerber dringend warten“, berichtete jetzt Dr. Jörn Lütjohann, Vorsitzender des Evangelischen Arbeitskreises in der CDU (EAK). Der Arbeitskreis hatte Interessierte nach Stove eingeladen, um über die aktuelle Asylrechtsproblematik zu berichten.

Auf Niedersachsen entfallen 9,4 Prozent aller Asylbewerber. Dem Landkreis werden entsprechend der Einwohnerzahl dann die Personen zugeordnet. Und die Zahl der Flüchtlinge wächst: Beantragten 2011 noch circa 53.000 Menschen Asyl in Deutschland, sind es in diesem Jahr circa 200.000, so Lütjohann.

Rund 800 Antragssteller befänden sich zur Zeit im Landkreis, erklärte er weiter. „Die Bevölkerung ist jetzt sowohl bei der Frage der Unterkünfte als auch bei der Integration gefragt, denn nicht alles kann von der Politik geregelt werden“, betonte Lütjohann.

Alltägliches wie Fahrräder oder „W-LAN“ würden in den Unterkünften am dringendsten gebraucht. Eine direkte Beteiligung der Bürger sei bei der Integration unabdingbar. „Diese Dinge können nur durch nachbarschaftliche Initiativen der Bürger zusammen kommen. Lütjohann: „Die Tostedter, die eine Art Begrüßungskomitee ins Leben gerufen haben, machen uns vor, wie es richtig geht.“

Zu den jüngsten Veränderungen im Asylrecht merkte der Politiker an: „Mit der ‚Dublin III‘-Verordnung und hier der sogenannten ‚Flughafenregelung‘, die bestimmten Einreisenden vom Transitbereich aus lediglich zwei Tage lässt, um ihren Aufenthalt zu klären, ist das Asylrecht stark ausgehöhlt. Genauso verhalte es sich bei der ‚Drittstaatenregelung‘, bei der politisch verfolgte Ausländer, die über einen si-



Fotos: hiru/bs

Machten auf die wachsende Asylrechtsproblematik, nicht nur im Landkreis, aufmerksam: (v. li.) Jörn Lütjohann, Josef Kilada, Elie Zaghbour und Gerhard Vachek von der Christuskirche Buchholz

chere Drittstaat nach Deutschland kommen, hier kein Recht mehr auf Aufenthalt haben.

Welche Schicksale sich hinter

den Zahlen verstecken, machten Elie Zaghbour (25), Jurist aus Syrien, und Josef Kilada (34) aus Ägypten deutlich. Die beiden Christen berichteten bei der Veranstaltung von ihrem ungewissen Leben in Deutschland. „Ich lebe seit fast zwei Jahrzehnten mit einer Duldung in diesem Land“, erzählt Josef Kilada. Was das bedeutet, kann sich wohl kaum einer

vorstellen: „Seit 16 Jahren wird mein Aufenthalt, manchmal nur um drei Tage, verlängert. Auch in Abschiebe-

haft saß ich bereits“, berichtet Josef Kilada, der „vor Gott“ mit einer Marokkanerin verheiratet ist und zwei kleine Kinder hat, die im Landkreis leben. „Ich wollte eigentlich nur ein paar Jahre in Deutschland bleiben. Nun habe ich eine Frau und zwei Kinder in Deutschland, natürlich möchte ich hier bleiben“, erzählt Kilada, der bisher nur kirchlich heiraten durfte.

„Wir möchten gerne auch vor dem Gesetz heiraten, dann hätte ich auch endlich einen Anspruch auf Aufenthalt. Dafür brauche ich aber meinen Pass und der liegt bei der Ausländerbehörde in Hamburg. Eine Herausgabe erfolgte bisher, auch auf Schreiben meines Anwaltes hin, nicht“, so Kilada. „Die Behörde könnte den Pass für die Hochzeit direkt ans zuständige Standesamt schicken, weigert sich aber, dies zu tun. Warum sie das tut, das weiß keiner so genau“, fügt Jörn Lütjohann hinzu.